

Verordnungs-Sammlung

für die

Herzogl. Braunschweigischen Lande.

4^{ter} Jahrgang 1817.



Braunschweig,

gedruckt in der Fürstl. Waisenhaus-Buchdruckerei.

I.
I n h a l t
 d e r
 in dem 4^{ten} Jahrgange der Verordnungs-
 Sammlung
 b e f i n d l i c h e n N u m m e r n.

- I. (1.) **V**erordnung, die Aufhebung der bisherigen Grundsteuer und die Wiedereinführung des vormaligen Contributionssystems betreffend. D. D. Carlton House, den 31sten März 1817.
- II. (2.) Verordnung, die Accise von Eisenwaaren betreffend. D. D. Braunschweig, den 19ten Mai 1817.
- III. (3.) Verordnung wegen der Feier des Sieges bei Waterloo. D. D. Braunschweig, den 5ten Jun. 1817.
- IV. (4.) Fürstl. Geheimeraths-Collegii Bekanntmachung die für die Forst- und Jagd-, so wie für die Berg- und Hütten-Officianten vorgeschriebene und die den Mitgliedern der Fürstl. Cammer gestattete Dienstkleidung betreffend. D. D. den 1sten Julius 1817.
- V. (5.) Fürstl. Geheimeraths-Collegii Bekanntmachung, die in Circulation gekommenen, für das vormalige Großherzogthum Warschau ausgeprägten $\frac{1}{3}$ und $\frac{1}{6}$ Stücke betreffend. D. D. den 22sten Juli 1817.
- VI. (6.) Fürstl. Geheimeraths-Collegii Bekanntmachung,

die Annahme der für das vormalige Großherzogthum Warschau geprägten Einthalersstücke und der sogenannten Blaffer bei den Herrschaftlichen Cassen betreffend. D. D. den 6ten August 1817.

- VII. (7.) Verordnung, die Eröffnung der niedern Jagd betreffend. D. D. Braunschweig, den 22sten Aug. 1817.
- VIII. (8.) Verordnung, die Säkularfeier des Reformationstages betreffend. D. D. Braunschweig, den 11ten September 1817.
- IX. (9.) Verordnung, die Stempelfreiheit der von den Advokaten und Prokuratoren wegen rückständiger Deserviten und Auslagen zu übergebenden Gesuche und der darauf zu ertheilenden Verfügungen betreffend. D. D. Braunschweig, den 18ten Septbr. 1817.
- X. (10.) Fürstl. Geheimraths-Collegii Bekanntmachung, die diesjährige Gedächtnisfeier des Sieges bei Leipzig betreffend. D. D. den 26sten Septbr. 1817.
- XI. (11.) Verordnung, die Vollziehung der Erkenntnisse in Strafsachen und die nähere Bestimmung des Verfahrens bei den Rechtsmitteln gegen Straf-Erkenntnisse des Fürstl. Landesgerichts. D. D. Braunschweig, den 29sten September 1817.
- XII. (12.) Verordnung, die Anstellung des Desertions-Processus wider die aus den letztern Kriegen nicht zurückgekehrten Militair-Personen betreffend. D. D. Braunschweig, den 1sten October 1817.
- XIII. (13.) Verordnung, die Ergänzung des Forststraf-Directorii vom 5ten Mai 1815 betreffend. D. D. Braunschweig, den 11ten December 1817.
- XIV. (14.) Fürstl. Geheimraths-Collegii Bekanntmachung, die unentgeltliche Lieferung des Jahrgangs 1818 der hiesigen Verordnungs-Sammlung an die bisherigen Pränumeranten betreffend. D. D. den 11ten December 1817.
- XV. (15.) Verordnung, die nochmalige Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betreffend. D. D. Braunschweig, den 15ten December 1817.

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

3 u r

Verordnungs-Sammlung

d e s J a h r s 1 8 1 7.

	Seite
A	
Accise, die von Eisenwaaren	9 — 11
— Befreiung des einländischen und des auf den Königl. Hannöv. Hütten bereiteten Eisens und Eisenwaaren aller Art von Entrichtung der Accise, wenn solche durch Entrichtung der Accise, wenn solche durch Hüttenpässe und Bezeichnung vorchriftsmäßig legitimirt sind	10
— Bestenerung der in dem Tarif vom 28sten April 1815 nicht ausdrücklich benannten Eisenwaaren, nach dem Tarif vom 3ten Februar 1815	10
— Bestimmung der Ansätze, nach welchen die Blank schmiedewaaren überhaupt, so wie die in dem Tarif nicht besonders aufgenommenen, als Sensen und Eicheln, zu versteuern	11
B.	
Bauholz, das aus den Herrschaftl. Forsten frei oder gegen einen gemäßigten Forstzins verwilligte und abgegebene, aber zu dem bestimmten Zwecke nicht verbrauchte, s. Forststraf-Directorium.	
Berg- und Hütten-Officianten, die für dieselben vorgeschriebene Uniform	19 — 21
Blaffer, Annahme der unter diesem Namen bekannten Paderbornschen und anderer alten $\frac{1}{6}$ und $\frac{1}{12}$ Stücke bei den Herrschaftl. Cassen	29 — 30
Blank schmiedewaaren, die von denselben zu entrichtende Accise. s. Accise.	
Blechfappen, Annahme der unter diesem Namen be-	

kannten Paderbornschen und andrer alten $\frac{1}{6}$ und $\frac{1}{12}$ Stücke bei den Herrschaftlichen Cassen . . . 29 — 30

C.

Cammer Fürstl., die den Mitgliedern derselben gestattet Dienstkleidung 21 — 22

Contribution, die Wiedereinführung des vormaligen Systems derselben und die Aufhebung der bisherigen Grundsteuer 1 — 6

— Festsetzung des Zeitpunctes, von welchem an die bisherige Grundsteuer aufhören und die früherhin zu dem Systeme der Contribution und der damit verwandten Abgaben gehörigen Steuern, nämlich die eigentliche Contribution, der Schaaf-, Land-, Zehnt- und Scheffelschaz, die Stadttaxe und das Proviantgeld an ihre Stelle treten sollen . . . 2 — 3

— Nach welchen Verhältnissen und in welchen Terminen diese Steuer wieder zu erheben . . . 3 — 4

— Nach welchen Grundsätzen der Beitrag der in der Contributions-Anlage nicht mit begriffenen Besitzungen einstweilen erhoben werden soll . . . 4

— Bestimmung, daß die im Jahre 1807 auf die Zehnten, den Schaafschaz, die Besoldungen und Pachtungen, die contributionspflichtigen Aecker und sonst ausgeschriebenen außerordentlichen directen Anlagen für jetzt nicht wieder hergestellt seyn sollen 5

— Einstweilige Beibehaltung der bisherigen Gewerbe- und Personen-Steuern, während welcher aber die Contributions-Ansätze von der Natur, Handwerkern und Häuslingen nicht zu erheben 5

Contributionsfreie Besitzungen, einstweilige Besteuerungsart derselben, s. Contribution.

D.

Defensionschrift, die Frist zu deren Einreichung und die Bestrafung der säumigen Vertheidiger, s. Straferkenntnisse.

Desertions-Prozeß, die Anstellung desselben wider die aus den letztern Kriegen nicht zurückgekehrten Militair-Personen 53 — 54

Deserviten und Auslagen, rückständige der Procuratoren und Advokaten, die von den auf Einforderung derselben abzuwendenden Gesuchen und den darauf erfolgenden Bescheiden zu entrichtenden Stempels- und Gerichtsgebühren 41 — 43

Dienstkleidung, die für die Forst- und Jagd-, so wie für die Berg- und Hütten-Officianten vorgeschrieben und die den Mitgliedern Fürstl. Cammer gestattet 17 — 22

— Uniform der Forst- und Jagd-Officianten . . . 17

— A. Allgemeine Vorschrift 17

— B. Besondere Abzeichen 18 — 19

— Uniform der Berg- und Hütten-Officianten . . . 19 — 21

— A. Allgemeine Vorschrift 19 — 20

— B. Besondere Abzeichen 20 — 21

— Dienstkleidung der Mitglieder Fürstl. Cammer . . . 21 — 22

E.

Ehescheidungs-Prozeß, der wegen bösslicher Verlassung von den Ehefrauen der aus den letztern Kriegen noch nicht zurückgekehrten Militair-Personen anzustellende 53 — 55

Eisenwaaren, die von denselben zu entrichtende Accise, s. Accise.

Erkenntnisse in Strafsachen, die Vollziehung derselben, s. Straferkenntnisse.

Exemten, die Grundsätze, nach welchen deren Beitrag

zu der Contribution einstweilen zu erheben, s. Contribution.

F.

Feier des Sieges bei Leipzig, diesjährige . . .	45 — 46
— des Sieges bei Waterloo, — . . .	15 — 14
— dritte hundertjährige des Reformationsfestes .	37 — 38
Forst- und Jagd-Officianten, die für dieselben vorgeschriebene Uniform . . .	17 — 19
Forststraf-Directorium, die Ergänzung desselben .	57 — 60
— Anwendbarkeit des §. 1 desselben, auch auf die von Eigenthümern unter Verwaltung herrschaftlicher Forstbedienten stehenden Holzungen in letztern selbst begangenen Forstfreveln . . .	57 — 58
— Desgleichen der im §. 37 bestimmten Strafe des 6fachen Werths auf Entwendung ganzer Stämme oder Blöcke und der des 10fachen Werths auf jede Entwendung von allem übrigen bereits gehauenen Holze mit Einschluß des Waasholzes .	58
— Bestimmung, wie es mit dem zu einem gewissen Zwecke frei oder gegen einen gemäßigten Forstzins verwilligten und abgegebenen, dazu aber nicht sämmtlich verbrauchten Bauholze zu halten .	58 — 59
— Bestimmungen, nach welchen künftig die den Forstofficianten zugebilligten Pfandgebühren bei Hudenwogen zu entrichten und in welchen Fällen gedachte Officianten selbige zu fordern berechtigt sind .	59 — 60

G.

Gerichts- und Stempelgebühren für die, auf die Gesuche der Advokaten und Prokuratoren Befehl Einforderung rückständiger Deserviten und Auslagen erfolgenden Bescheide . . .	41 — 33
Gewerbesteuer, bisherige, die Aufhebung derselben, s. Contribution.	

H.

Häuslinge, } vormalige Contributionsätze von den Handwerker, } selben, s. Contribution.	
Hütten-Officianten, deren Uniform . . .	19 — 21
Hypotheken, Anmeldung derselben, die nochmalige Verlängerung der Frist dazu bis zum 31sten December 1818 . . .	65 — 66

J.

Jagd, niedere, die diesjährige Verlängerung des zu deren Eröffnung festgesetzten Termins bis zum 15ten September . . .	33 — 34
Jagd-Officianten, deren Uniform . . .	17 — 19

L.

Landschaft, dessen Wiedereinführung, s. Contribution.	
Leipzig, diesjährige Gedächtnisfeier des daselbst errungenen Sieges . . .	45 — 46

M.

Militair-Personen, die Anstellung des Desertions-Prozesses gegen die aus den letztern Kriegen noch nicht zurückgekehrten . . .	53 — 55
Münzen, Warschauische, die in Circulation gekommene, mit der Unterschrift: $\frac{1}{3}$ oder $\frac{1}{6}$ Talara versehenen .	25 — 26
— Annahme der für das vormalige Großherzogthum Warschau geprägten Ein-Thalerstücke und der sogenannten Blaffer bei den herrschaftl. Cassen .	29 — 30

N.

Nahrung, vormalige Contributions-Ansätze vor derselben, s. Contribution.	
--	--

P.

Paderbornische alte $\frac{1}{6}$ und $\frac{1}{12}$ Stücke, Annahme derselben bei den herrschaftlichen Cassen . . .	29 — 30
Personal-Steuer, deren einstweilige Beibehaltung, s. Contribution.	

Pfandgebühren bei Hudefreveln, die den Forst-Of-
ficianten zustehenden, s. Forststraf-Directorium.
Proviantgeld dessen Wiedereinführung, s. Contribution.

R.

Rechtsmittel, die nähere Bestimmung des Verfah-
rens bei den gegen Straferkenntnisse des Fürstl.
Landesgerichts ergriffenen, s. Straferkenntnisse.

Reformationsfest, die dritte Säcularfeier desselben

37 — 38

S.

Säcularfeier, die der Reformation

37 — 38

Schaaffschag, } deren Wiedereinführung, s. Con-
Scheffelschag, } tribution.

Sensen, } die von denselben zu entrichtende Accise, s.
Sicheln, } Accise.

Stadtaxe, deren Wiedereinführung, s. Contribution.

Stempel- und Gerichtsgebühren für die von den Ab-
vocaten und Procuratoren Behuf Einforderung
rückständiger Deserviten und Auslagen von den
Clienten eingereichten Gesuche und die darauf er-
folgenden Bescheide

41 — 45

Straferkenntnisse, die Vollziehung derselben und die
nähere Bestimmung des Verfahrens bei den
Rechtsmitteln gegen die des Fürstl. Landesgerichts

49 — 52

— Bestimmungen wegen deren sofortigen Publika-
tion und damit zu verbindenden Erklärung der
die Verurtheilten zustehenden Rechtsmittel, so wie
wegen der Vollziehung der Strafe, wenn das
Rechtsmittel unzulässig oder nicht sofort ergriffen
ist, oder der Verurtheilte die Strafe mit Vorbes-
halt der Vertheidigung vorläufig antreten will
— Verfahren in Ansehung der Rechtfertigung der
gegen die Straferkenntnisse des F. Landesgerichts
eingelegten Rechtsmittel

50 — 51

— Frist zur Einbringung der Vertheidigungsschrift
und Bestrafung der säumigen Vertheidiger

51 — 52

— Vollziehung der Straferkenntnisse nach erledigten
Rechtsmitteln

52

T.

Thaler, die Annahme der für das vormalige Groß-
herzogthum Warschau geprägten, bei den herr-
schaftlichen Cassen

29 — 30

U.

Uniform, die der Forst- und Jagd-, Berg- und Hüt-
ten-, auch der Fürstl. Cammer-Officianten, s.
Dienstkleidung.

V.

Verordnungs-Sammlung, die unentgeltliche Liefes-
rung des Jahrgangs 1818 derselben an die
bisherigen Pränumeranten

61 — 62

Vertheidigungsschrift gegen Straferkenntnisse, Frist
zu deren Einbringung und Bestrafung säumiger
Vertheidiger, s. Straferkenntnisse.

W.

Warschauische 8 u. 4 Ggrstücke } deren Annahme bei
— ein Thalersstücke, } herrschaftl. Cassen
Waterloo, Gedächtnisseier des daselbst erfolgten
Sieges

13 — 14

Z.

Zehnt- und Scheffelschag, dessen Wiedereinführung,
s. Contribution.

Verordnungs-Sammlung.

No 1.

Braunschweig, den 18. April 1817.

- (1.) Verordnung vom 31sten März 1817, die Aufhebung der bisherigen Grundsteuer und die Wiedereinführung des vormaligen Contributions-Systems betreffend.

GEORG, von Gottes Gnaden, Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg 2c. In vormundtschaftlicher Regierung Unseres vielgeliebten Vetters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg. 2c.

Es ist Unserer, auf die Beförderung des Wohls sämtlicher Landes-Einwohner im Herzogthume Braunschweig gerichteten Fürsorge nicht entgangen, daß die bisher bestehende Grundsteuer nicht mit der Billigkeit vertheilt ist, daß dadurch ein richtiges Verhältniß unter den Beiträgen herbeigeführt würde, und namentlich diejenige Klasse der Landbesitzer, welche durch Meyer,

Neue Auflage.

Zehnt- und Dienstpflichtigkeit ihrer Besizungen von denselben nur einen getheilten Nutzen haben, durch eine gleiche Heranziehung zur Grundsteuer vor denen, welche von jenen Lasten freie Grundstücke besizen, über die Gebühr belastet sind, und Wir haben gefunden, daß die Grundlage der früher bestandenen Contributions-Verfassung auf billigern, jene Verhältnisse gehörig berücksichtigenden Grundsätzen beruhet, wenn zugleich diejenigen mit beitragen, deren Besizungen in der ursprünglichen Contributions-Anlage nicht begriffen sind. Wir haben zugleich die Nothwendigkeit in Erwägung gezogen, eine abändernde Verfügung in Ansehung der bisherigen Grundsteuer-Erhebung so schleunig als möglich, mithin früher noch zu treffen, als es möglich seyn wird, der gesammten Landstände, welche in der möglichst kürzesten Frist zu versammeln Wir gnädigst gemeint sind, Rath über die allgemeine Berichtigung des Steuer-Systems vernommen, und darauf, nach reiflicher Erwägung der Sache, für die Zukunft einen endlichen Beschluß gefaßt zu haben; und verordnen demnach bis dahin hiedurch folgendes:

§. 1.

Die Grundsteuer, so wie solche bislang bestanden, soll vom ersten Juli d. J. an, aufhören, und an ihre

Stelle sollen diejenigen Steuern treten, welche früherhin zu dem Systeme der Contribution und der damit verwandten Abgaben gehörten, nämlich die eigentlich sogenannte Contribution, der Schaaffschuß, Landschuß, Zehnt- und Scheffelschuß, die Stadttaxe und das Proviantgeld.

§. 2.

Diese Steuern sollen sämmtlich an allen Orten, im Umfange aller, zu dem Herzogl. Braunschweigischen Landen gehörigen Theile, gerade eben so und nach denselben Verhältnissen, jedoch mit Berücksichtigung der unten §. 7. enthaltenen Ausnahmen, bezahlt werden, wie solche im Jahre 1806 bestanden, und so wie hienach z. B. in dem größern Theile des Herzogthums die damals bestandenen $3\frac{7}{12}$ simpla der Contribution wieder hergestellt werden, so sollen und müssen auch an allen übrigen Orten, wo nach einem andern Fuße bezahlt worden, eben dieselben Verhältnisse, welche 1806 bestanden, wieder eingeführt, und diejenigen Abgaben, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, an allen Orten überhaupt wieder bezahlt werden, für welche die Grundsteuer eintrat, und welche bei deren Einführung aufhörten.

§. 3.

Sämmtliche dieser Steuern sollen auch wieder zu den-

selben Terminen, als früher geschehen, erhoben werden. Weil aber die Abgabe des Proviantgeldes, in nur zwei nicht sehr entfernten Terminen, den Landes-Eingeseffenen schwerer fallen mögte, als wenn sie solches zu gleicher Zeit mit der Contribution monatlich abführen, so soll dasselbe zugleich mit der Contribution, in monatlichen Beiträgen, zu ein Zwölftheil des ganzen jährlichen Betrages, mit erhoben und solchergestalt statt früher in zwei Termine, nun in zwölf Termine vertheilt, übrigens dessen Betrag mit möglichster Einschränkung bestimmt werden; wie denn selbiger für dasmal, der hohen Fruchtpreise ungeachtet, bedeutend geringer, als im Jahre 1806, angenommen worden.

§. 4.

Der Beitrag der, in der Contributions-Anlage nicht mit begriffenen Besizungen, soll für jetzt und in einstweiliger Ermangelung einer andern zum Grunde zu legenden Norm, nach den Grundsätzen und in der Maaße, wie in dem Ausschreiben vom 15ten Juli 1807 mit mehreren verfügt ist, bis dahin erhoben werden, daß es thunlich seyn wird, deshalb andere und den Umständen angemessene Verfügungen bleibend zu bestimmen.

§. 5.

Die außerordentlichen directen Anlagen, welche auf die Zehnten, den Schaaffschaff, die Besoldungen und Pachtungen, die contributionspflichtigen Aecker und sonst im Jahre 107 ausgeschrieben worden, werden für jetzt nicht wieder hergestellt.

§. 6.

Dagegen bleiben die bisherigen Gewerbe- und Personen-Steuern für jetzt noch und bis etwa ein anderes allgemeines Steuer-System eingeführt worden, in der bisherigen Maaße bestehen..

§. 7.

Weil aber in der, hieburch wieder hergestellten Contributions-Verfassung einige Abschnitte enthalten sind, welche eine Nahrungs- oder Personen-Steuer enthalten, so sollen, so lange die vorerwähnten Steuern bestehen bleiben, die in dem 10ten, 11ten und 12ten Abschnitte des Contributions-Fußes enthaltenen Ansätze von der Nahrung, Handwerkern und Häuslingen nicht erhoben werden, und ist daher die Wiedereinführung der Contribution nur von den ersten neun Abschnitten des Contributions-Fußes zu verstehen.

§. 8.

Indem Wir durch gegenwärtige Verordnung dem Lande einen erneuerten Beweis geben, wie gern Wir geneigt sind, jedem billigen Wunsche zuvor zu kommen, so erwarten Wir auch mit Zuversicht, die Steuerpflichtigen werden ihrer Seits durch prompte Entrichtung der schulbigen Abgaben, und durch Vermeidung oder schleunigste Berichtigung aller etwanigen Reste, die Wiedereinführung der gewünschten frühern Verfassung erleichtern, und den Behörden dabei durch alle thunliche Willfährigkeit zu Hülfe kommen.

§. 9.

Sämmtliche Landes-Einwohner und Behörden haben sich hiernach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.


Carlton House, den 31sten März 1817.



George. P. R.

Graf v. Münster.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 2. 

Braunschweig, den 24. Mai 1817.

(2.) Verordnung, die Accise von Eisenwaaren betreffend.
D. D. Braunschweig, den 19ten Mai 1817.

Wir *GEORG*, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Demnach über die Anwendung der Accise-Tarife vom 3ten Februar und 28sten April 1815, so viel die von dem Eisen und den Eisenwaaren zu entrichtende Accise betrifft, Zweifel entstanden sind, so haben Wir zu deren Beseitigung Folgendes hiedurch erklären und verordnen wollen:

Neue Auflage.

§. 1.

Das einländische und das auf den Königl. Hanooverschen Hütten bereitete Eisen und Eisenwaaren aller Art sind und bleiben, so wie bisher, auch ferner von der Entrichtung der Accise befreiet, wenn solche durch Hüttenpässe und Bezeichnung vorschriftsmäßig legitimirt sind.

§. 2.

Die in den Eingang erwähnten Tarifen enthaltenen Accisesätze von Eisen und Eisenwaaren sind demnach nur auf die ausländischen, oder nicht, wie vorsteht, legitimirten Artikel der Art anwendlich.

§. 3.

Da der Tarif vom 28sten April 1815 die gleiche Besteuerung des Eisens im Lande, wie in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel, enthält, so versteht es sich von selbst, daß die darin nicht ausdrücklich benannten Eisenwaaren in den übrigen Landestheilen eben so versteuert werden, wie im Tarif vom 3ten Februar 1815 enthalten ist.

§. 4.

Unter der Benennung von Eisenwaaren sind auch

sämmtliche Blankschmiede-Waaren mit begriffen, insofern solche nicht, wie rücksichtlich der Sensen und Sichel in der Fall ist, in den Tarif besonders aufgenommen sind. Sie werden demnach in allen Landestheilen nach dem Ansätze des Tarifs vom 3ten Februar 1815, die Sichel und Sensen aber, wie in demselben Tarif unter dieser Rubrik vorgeschrieben worden, versteuert.

§. 5.

Alle diejenigen, welche dieses angeht, und insbesondere sämtliche Steuer-Behörden, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 19ten Mai 1817.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorff.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 3.

Braunschweig, den 9. Juni 1817.

(3.) Verordnung wegen der Feier des Sieges bei Wa-
terloo. D. D. Braunschweig, den 5ten Junius 1817.

GEORG, von Gottes Gnaden, Prinz-
Regent des vereinigten Königreichs Großbri-
tannien und Irland, auch des Königreichs
Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüne-
burg &c. In vormundschaftlicher Regierung
Unsers vielgeliebten Vatters, Herrn Carl,
Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Da Wir zur Feier des am 18ten Junius d. J.
wiederkehrenden Jahrestages des bei Waaterloo durch
die glorreichen Anstrengungen der vereinten Heere und
unter der rühmlichsten Mitwirkung des hiesigen Trup-
pen-Corps erfochtenen Sieges beschlossen haben, daß in
den Kirchen der hiesigen Lande, an dem auf den 18ten
Junius folgenden Sonntage, den 22sten Junius d. J.
ein feierliches Te Deum gesungen werde, so haben
Neue Auflage.

sämmtliche Prediger hienach sich zu achten und das Nöthige dieserhalb zu veranlassen, und werden dieselben diese Gelegenheit dazu benutzen, in ihren Gemeinden die Gefühle des Dankes gegen die göttliche Vorsehung wegen der abermaligen Errettung des deutschen Vaterlandes von der demselben damals wiederum drohenden Gefahr, zu erwecken und sie zu diesen Gefühlen entsprechenden Gesinnungen zu ermuntern.

Braunschweig, den 5ten Junius 1817.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl:

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldack.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

No 4.

Braunschweig, den 7. Julii 1817.

1. abgab. Kay. Joh. (Braunschweig)
 (4.) Fürstl. Geheimerath's-Collegii Bekanntmachung vom
 1sten Julii d. J. die für die bei der Forst- und
 Jagd-, so wie auch bei der Berg- und Hütten-
 Verwaltung angestellten Officianten vorgeschriebene,
 und die den Mitgliedern der Fürstl. Cammer gestat-
 tete Dienstkleidung betreffend.

Er. Königl. Hoheit der Prinz-Regent, in vormund-
 schaftlicher Regierung der hiesigen Lande, haben in An-
 sehung der von den bei der Forst- und Jagd-, so wie
 auch bei der Berg- und Hütten-Verwaltung angestell-
 ten Officianten zu tragenden Dienstkleidung folgende Be-
 stimmungen zu treffen geruht:

Uniform der Forst- und Jagd-Officianten.

A. Allgemeine Vorschrift.

Dunkelgrüne Röcke mit Futter von demselben Tuche
 und einer Reihe metallener, nach Maßgabe der Klasse,
 vergoldeter oder versilberter Knöpfe, welche mit dem
 Fürstl. Wappen versehen sind.

Weißes Unterzeug mit Knöpfen, wie oben; bei Stie-
 feln auch dunkelgrüne lange Beinkleider.

Dreieckigte Hüte mit grüner Cocarde.

Neue Auflage.

B. Besondere Abzeichen.

1) Der Oberjägermeister.

Der stehende Kragen, die Aufschläge, Taschen, Patten und Taille mit einer Stickerei von Eichenblättern in Gold. An den Ecken der Rockschöße, um dieselben bei Stiefeln aufzuhaken, gewöhnliche Stickerei.

Zwei goldene Epauletten, reich gestickt mit Erepinen.

Ein Hirschfänger mit einem goldenen und grünen Port d'épee, an einem goldenen Vorten-Koppel, dessen Schloß vorn mit dem Fürstl. Wappen verziert ist, um den Leib zu tragen.

- 2) Die Oberforstmeister und diejenigen Forstmeister, welche gleich den erstern einer wirklichen Forstmeisterei vorstehen:

Wie ad 1, jedoch ohne Stickerei auf den Taschen, Patten und der Taille.

- 3) Die Titulair-Forstmeister und Forst-Räthe:
Wie ad 2, jedoch ohne Stickerei der Aufschläge.

- 4) Die Oberförster, Forstsekretairs, Forstschreiber und sonstigen Officianten gleichen Ranges:

Wie ad 3, jedoch alles in Silber, anstatt des Goldes.

- 5) Die reitenden Förster und die gehenden Förster 1ster Klasse, wenn sie, wie die erstern, ein eigenes Revier unter sich haben:
Keine Stickerei; zwei silberne Epauletten ohne Ere-

pinen, der Hirschfänger an einem grünen Koppel mit silbernen Vorten besetzt, über die Schulter gehängt; silberne Hutschleife und grünsilberne Gordons.

- 6) Die gehenden Förster 1ster und 2ter Klasse, welche kein eigenes Revier haben:

Wie ad 5, jedoch nur eine Epaulette.

- 7) Die Unterförster und Holzknechte:
Schlichte grüne Röcke, ohne alle weitere Abzeichen.

Uniform der Berg- und Hütten-Officianten.

A. Allgemeine Vorschrift.

1) Corps der Bergleute.

Schwarzer Kittel, grüner Schachthut ohne Abzeichen, schwarzes Hinterleder und schwarze Beinkleider.

- 2) Berg- und Hütten-Bediente auf den Werken und bei besondern Gelegenheiten:

Schwarze Puff-Jacken, schwarzes Hinterleder, vorn mit einem weißen Schlosse, mit Schlägel und Bergeisen verziert, weiße Weste, weiße oder schwarze Beinkleider, grüner Schachthut mit weißem Schilde, worauf Schlägel und Bergeisen erhaben und vergoldet abgebildet sind.

3) Officianten:

Dunkelblauer Rock mit Futter von demselben Tuche, einer Reihe metallener Knöpfe, vergoldet, mit Schlägel und Bergeisen verziert, weißes Unterzeug mit denselben

Knöpfen, bei Stiefeln auch dunkelblaue lange Beinkleider, dreieckigte Hüte mit schwarzer Cocarde.

B. Besondere Abzeichen.

1) Der Berghauptmann.

Der stehende Kragen, die Aufschläge, Taschen, Patten und Taille mit Eichenlaub in Gold gestickt. An den Ecken der Rockschöße, wo dieselben aufgehakt werden, Schlägel und Bergeisen in Gold gestickt.

Degen mit vergoldetem Gefäße und goldenem Port d'eepe mit Crepinen.

Goldener Ueberfall und dergleichen Cordons am Hute mit Crepinen.

2) Der Oberberggrath und Cammerrath zu Blankenburg:

Wie ad 1, jedoch ohne Stickerei auf den Taschen, den Patten und der Taille.

3) Die Oberhütten-Inspectoren, Oberbergmeister, Fabrik-Directoren und andere Officianten gleichen Ranges.

Wie ad 2, jedoch ohne Stickerei der Aufschläge und ohne Crepinen an den Epauletten, dem Port d'eepe und den Cordons.

4) Die Hütten-Inspectoren, Bergmeister, Obergeschwornen, Oberfactoren, Hütten-schreiber und andere Officianten gleichen Ranges: Keine Stickerei; zwei goldene Epauletten, goldenes

Port d'eepe am Degen, desgleichen Ueberfall und Cordons am Hute, alles ohne Crepinen.

5) Die Obersteiger, Steiger, Gehülften, Controleurs und andere Officianten gleichen Ranges:

Wie ad 4, jedoch nur eine Epaulette.

Desgleichen haben Er. Königl. Hoheit denjenigen Mitgliedern der Fürstl. Cammer, welche eine Dienstkleidung zu tragen wünschen, gestattet, dieselbe nach folgenden Vorschriften anzulegen:

1) Für den Cammer-Präsidenten und die Cammer-Directoren:

Der Rock von dunkelblauem Tuche mit Futter von demselben Tuche, eine Reihe vergoldeter, mit dem Fürstl. Wappen versehener Knöpfe, heruntergeschlagenen Schößen, stehenden Kragen und runden Aufschlägen, beides von demselben Tuche.

Kragen, Aufschläge, Taschen, Patten und Taille in Gold gestickt. Weiße Unterkleider mit Knöpfen wie oben, oder auch weiße Weste und schwarze seidene Beinkleider.

Vergoldeter Degen mit goldenem Port d'eepe mit Crepinen.

Dreieckigter Hut mit goldenem Ueberfalle und Cordons mit Crepinen.

2) Für die Cammerräthe.

Wie ad 1, jedoch ohne Stickerei auf den Taschen,
den Patten und der Taille.

3) Für die Cammerassessoren:

Wie ad 2, jedoch ohne Stickerei der Aufschläge.

Welche Höchste Bestimmungen zur allgemeinen Nach-
richt hiedurch öffentlich bekannt gemacht werden.

Braunschweig, den 1sten Julii 1817.

Fürstlich Braunschweig-Lüneburgisches
Geheimeraths-Collegium.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldack.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 5.

 Braunschweig, den 28. Julii 1817.

- (5.) Fürstl. Geheimerath's-Collegii Bekanntmachung vom 22sten Julii d. J., die in Circulation gekommenen, für das vormalige Großherzogthum Warschau ausgeprägten $\frac{1}{3}$ und $\frac{1}{6}$ Stücke betreffend.

Da bemerkt worden, daß die in Circulation gekommenen, für das vormalige Großherzogthum Warschau ausgeprägten $\frac{1}{3}$ und $\frac{1}{6}$ Stücke, welche auf der einen Seite mit dem Brustbilde und der Umschrift: Frid. Aug. Rex Saxoniae Dux Varsov., auf der andern Seite mit dem Königl. Sächsischen Wappen, der Jahreszahl 1808 bis 1814 und der Unterschrift $\frac{1}{3}$ ($\frac{1}{6}$) Talara versehen sind, den nach dem Conventionsfuße ausgeprägten Acht- und Vier-Gutegroschenstücken, mit welchen sie vermischet cursiren, am innern Gehalte nicht gleich kommen, so sind sämmtliche Herrschaftliche Cassen angewiesen, die gedachten Münzen, und zwar die $\frac{1}{3}$

Neue Auflage.

Stücke nicht höher, als zu 7 Egr. 4 Pf., die $\frac{1}{6}$ Stücke aber nicht höher, als zu 3 Egr. 8 Pf., anzunehmen, welches zu Jedermanns Nachricht hiedurch öffentlich bekannt gemacht wird.

Braunschweig, den 22sten Julii 1817.

Fürstl. Braunschweig-Lüneburgisches
Geheimeraths-Collegium.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorf.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 6. ✓

Braunschweig, den 14. August 1817.

(6.) Fürstl. Geheimeraths-Collegii Bekanntmachung vom 6ten August d. J., die Annahme der für das vormalige Großherzogthum Warschau geprägten Einthalersstücke und der sogenannten Blaffer bei den herrschaftlichen Cassen betreffend.

Da außer den für das Großherzogthum Warschau ausgeprägten, in der Bekanntmachung vom 22sten v. M. näher beschriebenen $\frac{1}{3}$ und $\frac{1}{6}$ Stücken auch Einthalersstücke von gleichem Gepräge und eben so geringem innern Gehalte in Umlauf gekommen, und daher die Verfügung getroffen worden, daß solche nicht höher, als zu 22 Egr. das Stück bei den herrschaftlichen Cassen angenommen werden, desgleichen auch die unter dem Namen Blaffer oder Blechkappen bekannten Paderbornschen und andere alten $\frac{1}{6}$ und $\frac{1}{12}$ Stücke, welche vor dem Jahre 1700, also vor Einführung des Conventions-Fußes

Neue Auflage.

geschlagen worden, ihres geringen innern Gehalts wegen nicht höher, als zu resp. 3 Ggr. 8 Pf. und 1 Ggr. 10 Pf. bei den herrschaftlichen Cassen angenommen werden sollen, so wird solches zu Jedermanns Nachricht hiedurch öffentlich bekannt gemacht.

Braunschweig, den 6ten August 1817.

Fürstl. Braunschweig-Lüneburgisches
Geheimeraths-Collegium.

v. Schmidt-Phiseldorf. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 7. 

Braunschweig, den 29. August 1817.

(7.) Verordnung vom 22sten August d. J., die Eröffnung der niedern Jagd betreffend.

GEORG, von Gottes Gnaden, Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Da es bei der in diesem Jahre wegen der hin und wieder verspäteten Feldbestellung wiederum später, als gewöhnlich eintretenden Erndte zur möglichsten Sicherung der Feldfrüchte gegen etwanige Beschädigungen nothwendig ist, den sonst auf den 4ten September eines

Neue Auflage.

jeden Jahres festgesetzten Termin zur Eröffnung der niedern Jagd bis zum 15ten September dieses Jahres zu verlängern, so geschieht solches hiemit und haben sich die Forstbediente und ein Jeder, den es sonst angeht, danach auf das Genaueste zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 22sten August 1817.



Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phiseldack. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 8.

 Braunschweig, den 19. September 1817.

(8.) Verordnung, die Säcularfeier des Reformati-
ons-Festes betreffend. D. D. Braunschweig, den 11ten
September 1817.

GEORG, von Gottes Gnaden Prinz
Regent des vereinigten Königreichs Großbri-
tannien und Irland, auch des Königreichs
Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüne-
burg &c. In vormundtschaftlicher Regierung
Unsers vielgeliebten Vatters, Herrn Carl,
Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Durch die wohlthätigen und großen Folgen, welche
die Kirchenreformation auch für die hiesigen Lande ge-
habt hat, finden Wir Uns bewogen, eine der Wichtig-
keit des Gegenstandes angemessene Feier des in diesem
Jahre wiederum bevorstehenden hundertjährigen Jubelfe-
stes derselben anzuordnen.

Neue Auflage.

Dasselbe soll im ganzen Lande am 31sten October, 1sten und 2ten November dieses Jahrs gefeiert werden, und sind der 31ste October und 2te November als kirchliche Festtage zu betrachten, an welchen die bürgerlichen Beschäftigungen, wie an allen übrigen kirchlichen Feiertagen, ausgesetzt seyn sollen.

Der 1ste November ist zu angemessenen Schulfeierlichkeiten in den Gymnasien bestimmt, und ist das Fürstl. Consistorium beauftragt, über die Art, in welcher diese Sacularfeier in den Kirchen und Schulen zu begehen ist, die nähern Bestimmungen zu erlassen.

Sämmtliche Behörden und Landes-Einwohner haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 11ten September 1817.



Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Whiseldack.

v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 9. ✓

Braunschweig, den 26. September 1817.

cf. G. v. R. v. 10/2. 1846. P. v. 3/10. 1857. N^o 4.

- (9.) Verordnung, die Stempelfreiheit der von den Advokaten und Prokuratoren wegen rückständiger Deserviten und Auslagen zu übergebenden Gesuche und der darauf zu ertheilenden Verfügungen betreffend. D. D. Braunschweig, den 18ten September 1817.

GEORG, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unseres vielgeliebten Vatters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Um den Advokaten und Prokuratoren Auslagen zu ersparen, deren Wiedererlangung sie öfters nicht zu bewirken vermögen, wollen Wir Folgendes hiemit festsetzen und verordnen:

Neue Auflage.

§. 1.

Es soll den Advokaten und Prokuratoren bei sämmtlichen Gerichten des Landes gestattet sein, die Gesuche, vermittelt deren sie rückständige Deserviten und Auslagen von ihren Klienten einfordern, unter reservirten Stempel einzureichen.

§. 2.

Die Gerichts- und Stempel-Gebühren für die darauf erfolgenden Bescheide sollen nicht von ihnen eingefordert, sollen einstweilen nur angeschrieben werden.

§. 3.

Die Advokaten und Prokuratoren sind schuldig, diese sämmtlichen Stempel- und Gerichts-Gebühren gegen ihre Partei jedes Mal mit zu liquidiren und, wenn sie die Rechnung auf das erste Mandat und ohne weitere richterliche Hülfe bezahlt erhalten, solche in die Sportel-Casse des Gerichts unangefordert und, bei Verlust der ihnen durch diese Verordnung zu Theil werdenden Begünstigung für die ganze Zeit ihrer Praxis, sofort abzugeben.

§. 4.

Im Fall der zu verfügenden gerichtlichen Betreibung sind diese Stempel- und Gerichts-Gebühren von den Gerichten besonders festzusetzen und durch die die Execution vollziehenden Personen oder Behörden unmittelbar einzuziehen.

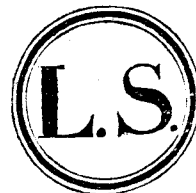
§. 5.

Sollte jedoch die Execution wegen Mangel eines Object's nicht zu vollstrecken stehen, so sind die einstweilen angeschriebenen Stempel- und Gerichts-Gebühren zu löschen und niederzuschlagen.

Sämmtliche Gerichte und Alle, welche solches betrifft, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrachten Fürstl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 18ten September 1817.



Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldack.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 10.

Braunschweig, den 3. October 1817.

(10.) Bekanntmachung vom 26sten September d. J.,
die diesjährige Gedächtniß-Feier des Sieges bei
Leipzig betreffend.

Da Wir beschlossen haben, daß zur Feier des am
18ten October d. J. wiederkehrenden Gedächtnistages
des bei Leipzig errungenen glorreichen Sieges an dem
zunächst darauf folgenden Sonntage, dem 19ten October
d. J., in sämtlichen Kirchen des Landes nach beendig-
tem Vormittags-Gottesdienste ein feierliches Te Deum
gesungen werde, so haben sämtliche Prediger danach
sich zu achten und das Nöthige dieserhalb zu veranlas-
sen. Es werden dieselben diese Gelegenheit nicht unbe-
nutzt lassen, die versammelten Gemeinden, mittelst
Neue Auflage.

zweckmäßiger Hinweisung auf die wichtige Veranlassung
dieser Feier, zu Gefühlen des Dankes gegen die göttliche
Vorsehung für die an diesem Tage dem Deutschen Va-
terlande wieder geschenkte Unabhängigkeit, zu ermuntern.

Braunschweig, den 26sten September 1817.

Fürstl. Braunschweig-Lüneburgisches
Geheimeraths-Collegium.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

No 11.

Braunschweig, den 7. October 1817.

- (11.) Verordnung vom 29ten September d. J., die Vollziehung der Erkenntnisse in Straffachen und die nähere Bestimmung des Verfahrens bei den Rechtsmitteln gegen Straf-Erkenntnisse des Fürstl. Landesgerichts betreffend.

GEORG, von Gottes Gnaden, Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg 2c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vatters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg 2c.

Um die Vollziehung der Straferkenntnisse möglichst zu beschleunigen, ohne jedoch die billige Rücksicht gegen die Verurtheilten in Hinsicht der ihnen zustehenden Rechtsmittel dabei hintan zu setzen, wollen Wir die betreffenden Bestimmungen der Verordnung vom 3ten Februar 1814 durch nachstehende Verfügungen ergänzen und modificiren, und Folgendes hiemit verordnen:

§. 1.

Die in Straffachen gefällten Erkenntnisse sind den

Berurtheilten von den betreffenden Gerichten jedesmal ohne allen Aufschub zu publiciren. Diese haben selbst zugleich diejenigen Rechtsmittel, welche ihnen durch die Gesetze nachgelassen sind, auf das Deutlichste zu erklären, und die Vorschriften des §. 37. der Verordnung vom 3ten Februar 1814 hiebei genau zu beobachten.

§. 2.

Wenn kein Rechtsmittel zulässig ist, oder der Berurtheilte nach der vorermähnten Erklärung ein solches nicht sofort ergreifen, oder aber sich erklären würde, die Strafe mit Vorbehalt einer Bertheidigung vorläufig antreten zu wollen, so ist selbige in der Regel sogleich zu vollziehen, wenn nicht besondere Gründe einen Aufschub nöthig machen. Bis zu wirklicher Vollstreckung der Strafe steht es dem Berurtheilten jedoch frei, von den ihm zustehenden Rechtsmitteln, seines früheren Stillschweigens, oder seiner früheren Verzichtleistung ohngeachtet, annoch Gebrauch zu machen.

§. 3.

In Hinsicht der Rechtfertigung der Rechtsmittel gegen die Erkenntnisse der Fürstl. Stadt- und Kreisgerichte bleibt es bei den bisherigen dieserhalb bestehenden Vorschriften. Bei den Erkenntnissen des Fürstl. Landesgerichts hingegen ist in Ansehung der Rechtfertigung der gegen selbige eingelegten Rechtsmittel künftig das nachstehende Verfahren zu beobachten.

§. 4.

Wenn der Berurtheilte sich erklärt hat, gegen ein Erkenntniß des Fürstl. Landesgerichts ein Rechtsmittel ergreifen und eine Bertheidigung ausführen zu wollen, so hat er dem Richter denjenigen Anwalt namhaft zu machen, welchem er die Ausarbeitung der Rechtfertigung des gewählten Rechtsmittels übertragen will. Er kann

aber auch die Wahl dem Richter überlassen, oder mit Anführung der Gründe, weshalb er glaube, eine Abänderung des Urtheils erwarten zu können, erklären, daß er keine weitere Bertheidigung verlange und sich lediglich auf die bisherigen Acten beziehen wolle. In letzterem Falle sind die Acten nebst Bericht an das betreffende obere Gericht binnen drei Tagen nach dieser geschehenen Erklärung bei 5 Rthlr. Strafe einzusenden.

§. 5.

Dem gewählten, oder von Amts wegen bestellten Bertheidiger, ist von dem Gerichte sofort nach der Erklärung des Berurtheilten, aufzugeben, die Rechtfertigungsschrift binnen vier Wochen, nach Lage der Sache bei dem Fürstl. Landesgerichte oder dem Ober-Appellationsgerichte, einzureichen, und soll diese Frist, wenn die Auflage dem Bertheidiger schriftlich insinuiert worden ist, von dem Tage der Insinuation, sonst aber von dem Tage der Bestellung zu laufen anfangen. Von dem Tage an, wo selbige zu laufen anfängt, sollen, wenn der Bertheidiger an dem Orte des publicirenden Gerichts oder in dessen Nähe wohnt, die Acten annoch 14 Tage bei dem publicirenden Richter bleiben, in welcher Zeit es dem Bertheidiger frei steht, diese bei selbigem einzusehen. Nach Ablauf dieser Frist, oder, wenn der eben bemerkte Fall nicht eintritt, sofort nachdem der Bertheidiger bestellt oder ihm die Auflage zur Bertheidigung insinuiert worden, sind die Acten bei 5 Rthlr. Strafe dem competenten oberen Gerichte einzusenden, jedoch kann alsdann auf Ansuchen des Bertheidigers bei diesem Gerichte, oder auf dessen Verfügung bei einem anderen Gerichte die Einsicht der Acten gestattet werden.

§. 6.

Ist die Bertheidigungsschrift binnen der gesetzlichen

Braunschweig, den 10. October 1817.

- (12.) Verordnung, die Anstellung des Desertions-Prozesses wider die aus den letztern Kriegen nicht zurückgekehrten Militair-Personen betreffend. D. D. Braunschweig, den 1sten October 1817.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unseres vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Uns ist vorgetragen worden, daß manche Ehefrauen der aus den letzten Kriegen, besonders dem Feldzuge in Rußland, nicht zurückgekehrten Militair-Personen sich durch den Mangel sicherer Nachrichten und Bescheinigungen über das Leben oder Absterben ihrer Ehemänner in eine ungewisse Lage versetzt finden, indem es insonderheit, wenn sie die Aufhebung ihrer bisherigen Ehe zu wünschen Ursache haben, in Ermangelung einer näheren recht-

Zeit bei dem Fürstl. Landesgerichte oder dem Ober-Appellationsgerichte, nicht eingekommen, so verfällt der Vertheidiger in die Strafe von 5 Rthlr., und ist selbigem sodann bei 10 Rthlr. unnachlässiger Strafe die Einbringung der Vertheidigungsschrift binnen anderweiten vier Wochen aufzugeben, solche Strafe auch, falls diese Frist nicht inne gehalten werden sollte, nicht nur neben den dadurch vermehrten Akungskosten sofort beizutreiben, sondern auch gegen die säumigen Vertheidiger durch Bestimmung verdoppelter Strafen und strenge Vertreibung derselben so lange fortzufahren, bis die Vertheidigungsschrift eingekommen ist.

§. 7.

Nach erlebigten Rechtsmitteln ist die definitiv zuerkannte Strafe ohne Aufschub zu vollziehen, und sind von den oberen Gerichten die Acten sofort zu remittiren und wegen ungesäumter Vollziehung der Strafe an die betreffenden Stadt- und Kreisgerichte die nöthigen Verfügungen zu erlassen.

Sämmtliche Gerichte und ein jeder, welchen es betrifft, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beige druckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 29sten September 1817.



Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phisfeld.
v. Schleinitz.

lichen Bestimmung über diesen Gegenstand ihnen schwer fällt, solche auf den Grund der bösslichen Verlassung zu bewirken.

Da nun im Allgemeinen anzunehmen steht, daß vorgedachte Militair=Personen entweder mit Tode abgegangen sind, oder doch in dem verflossenen Zeitraume von mehreren Jahren, Zeit und Gelegenheit genug gehabt haben, in ihr Vaterland und zu den Ihrigen zurückzu=kehren, oder Falls sie daran verhindert worden seyn sollten, ihre Angehörigen davon zu benachrichtigen, so läßt sich bei der fernern Verlängerung ihrer Abwesenheit allerdings eine böse Absicht und besonders eine geflissentliche Verletzung ihrer Pflichten gegen ihre zurückgebliebenen Ehefrauen mit Wahrscheinlichkeit voraussetzen.

Um den letztern hierunter zu Hülfe zu kommen, verordnen Wir daher hiemit, daß alle Officiere, Unterofficiere und Soldaten, auch sonstige den verschiedenen Truppen=Corps gefolgtten Personen, welche den letztern Feldzügen in Spanien, Portugall, Rußland, Deutschland und Frankreich mit beigewohnt haben, und binnen Jahresfrist, vom heutigen Tage an zu rechnen, sich in ihrer Heimath nicht wieder einfinden, oder Nachricht von ihrem Aufenthalte geben werden, die Vermuthung einer pflichtwidrigen Abwesenheit treffen und diese ihre zurückgelassenen Ehefrauen berechtigen soll, wegen bösslicher Verlassung auf Ehescheidung wider dieselben zu klagen. Auf die solchergestalt angestellte Klage ist im Uebrigen das im Desertions=Processe gewöhnliche Verfahren zu beobachten, und hat das Gericht den eintretenden beson=

dern Umständen nach zu ermessen, auf welche Zeit die dem Abwesenden zu seinem Erscheinen zu setzende Frist zu erstrecken und in welchen auswärtigen Zeitungsblättern die öffentliche Vorladung bekannt zu machen sey.

Die betreffenden Gerichte und Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheime=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, den 1sten October 1817.



Auf Höchsten Special=Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorf.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

1830 Aⁿ 14. № 13. ✓

Braunschweig, den 16. December 1817.

(13.) Verordnung, die Ergänzung des Forststraf-Directoriums vom 5ten Mai 1815 betreffend. D. D. Braunschweig, den 11ten December 1817.

GEORG, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vatters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Da die das Forststraf-Directorium enthaltende Verordnung vom 5ten Mai 1815 in Hinsicht einiger Gegenstände einer Modification und Ergänzung bedarf: so wollen Wir dieserhalb Folgendes hiedurch festsetzen und verordnen:

§. 1.

Der §. 1. dieser Verordnung ist auch auf den Fall anzuwenden, wenn Holz-Eigenthümer, deren Holzungen unter der Verwaltung der herrschaftlichen Forstbedienten stehen, in diesem ihrem eigenthümlichen Holze Forstfrevel

begehen und die Vorschriften der vorerwähnten Verordnung überschreiten.

§. 2.

Die in §. 37. derselben bestimmte Strafe des sechsfachen Werthes tritt auch alsdann ein, wenn ganze Stämme oder Blöcke entwandt werden.

§. 3.

Dagegen wird mit der Strafe des zehnfachen Werthes, in Gemäßheit des §. 36., jede Entwendung von allem übrigen bereits gehauenen Holze einschließlich des Washolzes belegt.

§. 4.

So wie der Verkauf des Deputatholzes, desgleichen das Anfordern mehreren Bauholzes, als zu dem angegebenen Zwecke erforderlich, bereits durch die §. §. 114. und 117. der genannten Verordnung verboten ist, so muß auch derjenige, welcher das zu einem gewissen Zwecke entweder frei oder gegen einen gemäßigten Forstzins verwilligte und abgegebene Bauholz nicht sämmtlich verwandte, das Ersparthe der Forstbehörde gleich nach vollendetem Baue anzeigen.

Wenn das nicht verbrauchte Holz bereits bearbeitet worden, so ist derjenige, welcher es erhielt, solches zu behalten und den Forstzins, nach Beschaffenheit der Sache, entweder dafür ganz zu erlegen, oder den Nachschuß zu ergänzen schuldig.

Ist solches jedoch noch in dem Zustande, in welchem er es von der Forstbehörde erhielt, so muß er selbiges dieser zur fernern freien Disposition überlassen, ohne einen Ersatz etwa darauf verwandter Kosten fordern zu können. Wer diesem zuwider handelt, das ersparte Holz

andern, nicht genehmigten, Zwecken verwendet, oder wohl gar an Andere überläßt, bezahlt den doppelten Werth des entweder gar nicht oder vollständig nicht bezahlten Holzes als Strafe.

§. 5.

Die nach dem §. 174. den Forst-Officianten zugewilligten Pfand-Gebühren sollen bei Hude-Freveln künftighin nach folgenden Bestimmungen von den Frevlern entrichtet werden:

1) Von Pferden und Hornvieh:

von 1 — 12 Stück, für jedes Stück .	6 Ggr.
= 13 — 20 = überhaupt . . .	3 Rthlr.
= 21 — 40 =	4 =
= 41 Stück und darüber	5 =

2) Von Schweinen und Schafen:

von 1 — 12 Stück, für jedes Stück .	2 Ggr.
= 13 — 50 = überhaupt . . .	1 Rthlr.
= 51 — 100 = überhaupt . . .	2 =
= 101 Stück und darüber	3 =

Von Ziegen wird an Pfand-Gebühren das Doppelte der bei Schweinen und Schafen festgesetzten Gebühr entrichtet.

Die übrigen in dem §. 174. festgesetzten Gebühren bleiben unverändert.

§. 6.

Diese Gebühren sind die Forst-Officianten nur dann zu fordern berechtigt, wenn sie selbst die Frevler oder das an verbotenen Orten befindliche Vieh betrafen; nicht aber dann, wenn der Frevler durch einen Andern entdeckt und denunciirt ward, und die Forst-Officianten das zu Schaden gehütete Vieh nicht selbst an Ort und Stelle betrafen.

§. 7.

Dagegen ist die wirkliche Abpfändung des an verbotenen Orten betroffenen Viehes zur Verurtheilung der Frevler in die in dem §. 5. der gegenwärtigen Verordnung bestimmten Pfand-Gebühren nicht erforderlich. Die in dem §. 174. der mehrerwähnten Verordnung vom 5ten Mai 1815 bezeichneten Werkzeuge aber, müssen den Frevlern wirklich abgepfändet werden, wenn die Forst-Officianten dafür die Pfand-Gebühr zu fordern berechtigt seyn sollen.

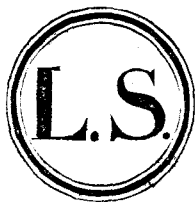
§. 8.

Von Amtswegen ist auf die Pfand-Gebühren nicht zu erkennen; daher derjenige, welcher sich dazu berechtigt hält, darauf besonders anzutragen hat.

Sämmtliche Gerichte und Alle, welche solches betrifft, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 11ten December 1817.



Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorf.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 14. *10*

Braunschweig, den 19. December 1817.

- (14.) Bekanntmachung, die unentgeltliche Lieferung des Jahrgangs 1818 der hiesigen Verordnungs-Sammlung an die bisherigen Pränumeranten betreffend.
D. D. Braunschweig, den 11ten December 1817.

Da in Hinsicht auf den nicht sehr beträchtlichen Umfang der letzten Jahrgänge der hiesigen Verordnungs-Sammlung die Verfügung getroffen worden ist, daß allen denjenigen, welche die bisherigen Jahrgänge dieser Sammlung gehalten und bezahlt haben, oder dieselben sich noch anschaffen, der Jahrgang 1818 unentgeltlich verabfolgt werde, dagegen aber diejenigen, welche erst von dem Jahre 1818 an auf die qu. Sammlung pränumeriren, dafür den durch die Verordnung vom 5ten Januar 1814 bestimmten Preis zu bezahlen gehalten bleiben, so wird solches hiedurch öffentlich bekannt gemacht; übrigenß auch sämmtlichen Fürstlichen Kreisgerichten zu-

gleich die Auflage erteilt, die von dem gegenwärtigen und den vorigen Jahren etwa noch rückständigen Pränumerationen-Gelder von den Gemeinden fordersamst einzuziehen und an die hiesige Postamts-Zeitungs-Expedition vorschriftsmäßig einzusenden.

Braunschweig, den 11ten December 1817.

Fürstl. Braunschweig-Lüneburgisches
Geheimeraths-Collegium.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldack.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 15.

Braunschweig, den 23. December 1817.

(15.) Verordnung, die nochmalige Verlängerung der
Frist zur Anmeldung der Hypotheken betreffend.
D. D. Braunschweig, den 15ten December 1817.

G E O R G, von Gottes Gnaden, Prinz
Regent des vereinigten Königreichs Großbrit-
annien und Irland, auch des Königreichs
Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüne-
burg &c. In vormundschaftlicher Regierung
Unsers vielgeliebten Vatters, Herrn Carl,
Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Da die Gründe, welche Uns bewogen haben, die
Frist zur Anmeldung hypothekarischer Rechte durch die
Verordnung vom 23sten December v. J. abermals zu
verlängern, annoch fortbauern, so wollen Wir selbige
hiedurch nochmals bis zum 31sten December k. J. er-
strecken.

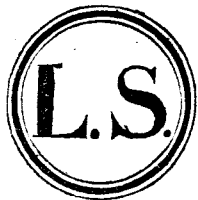
Es behalten daher sämmtliche vor dem 1sten Ja-
nuar 1819 vorschriftsmäßig angemeldete Hypotheken die

ihnen zustehende Rangordnung, dahingegen die nach diesem Termine angemeldeten Hypotheken von der Zeit der geschehenen Anmeldung angerechnet, ihren Rang erhalten.

Auch verbleibt es bei der in der Verordnung vom 23sten Mai enthaltenen Bestimmung wegen der gesetzlichen und stillschweigenden Hypotheken annoch ferner, so wie auch wegen der der Landesherrschaft oder den öffentlichen Cassen zustehenden Forderungen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 15ten December 1817.



Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt = Phiseldack.
v. Schleinitz.

